Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 234. Freitag, 5. Oktober 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/4 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; gestaffelter und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Freie Zeilen. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzählet an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 30. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Gerüchte um die Reparation.

Die Kombinationen des Pariser „L'Intransigeant" über allerlei Pläne der Pariser Regierung zum Reparationsproblem werden wohl nicht ganz die Absichten des offiziellen Paris wiedergeben, aber sie sind immerhin ein Beweis dafür, daß man in Frankreich beginnt, sich mit den Fragen, die durch die demnächst zusammentretende Kommission von Reparationssachverständigen behandelt werden sollen, ernstlich zu beschäftigen. Das deutet darauf hin, daß sich in kürzester Zeit nicht nur die deutsche, sondern auch die gesamte Weltpresse mit den großen Problemen auseinandersetzen wird, die jetzt nach den Beschlüssen der letzten Genfer Session akut werden sollen. Wir wollen heute nur kurz die Kombinationen des „Intransigeant" streifen, nicht weil wir sie als Ausdruck einer offiziellen französischen Absicht bewerten, sondern nur weil wir die Bedenken nachweisen wollen, die schon durch die ganze Grundlage eines solchen Planes entstehen müssen. Die französische Zeitung behauptet, daß die Pariser Regierung bereit wäre, in eine Herabsetzung der ursprünglich beabsichtigten deutschen Reparationsleistungen einzuwilligen, wenn durch die neue Quote erstens der Wert der französischen Sachschäden und dann die Höhe der französischen Schuldsumme an Amerika in sie einbegriffen wäre. Das Blatt nennt auch schon einige Zahlen, die die gesamte Reparationssumme, die Deutschland zu zahlen hat, auf ungefähr 40—45 Milliarden Goldmark beziffern. Von diesen 45 Milliarden sollen ungefähr 30 Milliarden dem französischen Konto gutgeschrieben werden, die Restsumme, die ungefähr der Höhe der englischen Verschuldung an Amerika entspricht, dem Londoner Konto. Daß die genannte Gesamtsumme selbstverständlich schon nach wenigen Jahren mobilisiert sein muß, was einer Beseitigung der noch bestehenden Transferklausel und der anderen Sicherheitsventile des Dawesplans gleichkommen müßte, betont das Blatt als eine Selbstverständlichkeit.

Welche Nachteile und welche Chancen bieten sich Deutschland durch die Verwirklichung eines solchen Planes? Wir lassen zunächst einmal die Höhe der von dem französischen Blatt Deutschland zugemuteten Reparationssumme auf sich beruhen. Wenn Deutschland an die Bewertung des ganzen Fragenkomplexes der Reparationen herangehen will, so hat es an dem vorliegenden Ausgangspunkt des ganzen Problems, dem Dawesplan, anzufangen. Zunächst ist hier festzustellen, daß der Dawesplan keine absolute Schuld Deutschlands an seine Reparationsgläubiger festlegt, sondern nur eine bedingte. Das heißt mit anderen Worten, die durch den Dawesplan festgelegten Zahlungsleistungen Deutschlands können nicht etwa durch Vorzeigung von Kupons bei deutschen Reichskassen abgehoben werden. Der Dawesplan sieht zugunsten Deutschlands gewisse Sicherheitsventile vor, die die Verpflichtung Deutschlands nur auf das Vorhandensein von gewissen Voraussetzungen basieren. Es ist erstens festgelegt, daß die Erfüllung der Dawes-Leistungen die deutsche Währung nicht erschüttern dürfen (Transferklausel), sie sind dann zweitens in dem Augenblick einer erneuten Prüfung auszusetzen, wo ihre Durchführung die deutsche Lebenshaltung unter einen unbilligen Druck setzt. Diese im Dawesplan enthaltenen Sicherheitsventile sind die großen Chancen, die Deutschland heute durch die bisherige Regelung des Reparationsproblems gegeben sind. Die Sicherheit für Deutschland besteht darin, daß Deutschland nur dann in dem festgesetzten Maß zu zahlen braucht, wenn keine Inflationsgefahr besteht und auch nur dann, wenn keine ernsthafte Wirtschaftskrise und ein beträchtliches Sinken des Index in Deutschland sich bemerkbar machen.

Bis jetzt ist es der Reichsregierung gelungen, vier Jahre lang die im Dawesplan festgelegten Zahlungen prompt dem Reparationsagenten anzuweisen. Wer auf Grund dieser Tatsache glauben würde, daß Deutschland durchaus in der Lage wäre, ohne Erschütterung seiner Währung und ohne wirtschaftliche Krisen auf die Dauer solche Jahreszahlungen, die jetzt durch das neue Reparationsjahr auf weitere 750 Millionen gestiegen sind, zu leisten, begeht einen grundlegenden Irrtum. Deutschland konnte in den vier Jahren seinen Reparationsverpflichtungen genügen, weil es das Geld hierfür durch die zeitweiligen Auslandsanleihen sich borgte. In Wirklichkeit hat es also noch keinen Pfennig aus eigener Kraft an die Reparationsgläubiger gezahlt. Wird nun eines Tages der Zufluß der Auslandsanleihen nach Deutschland aus irgendwelchem Grund zum Stillstand kommen, dann würde sich Deutschland einer geradezu katastrophalen Krise gegenübersehen, wenn es dann gezwungen wäre, noch weiterhin Leistungen an den Reparationsagenten abzuführen. Da ohne Erschütterung der Währung und ohne eine dem deutschen Volke nicht zuzumutende beträchtliche Senkung des Lebensstandards weitere Reparationszahlungen nicht geleistet werden können, so werden dann die zum Glück vorhandenen Sicherheitsventile des Dawesplans in Kraft [illegible] können.

Man darf nicht vergessen, daß bei einer Endlösung diese Sicherheitsventile verschwinden müssen. Man darf auch nicht vergessen, daß durch eine Endlösung die bis jetzt nur politische Reparationsschuld Deutschlands in eine absolute und [illegible] Schuld umgewandelt wird. Das heißt mit anderen Worten, die Endlösung legt die Gesamtschuld für alle Zeiten [illegible] fest. Wenn die Schuld einmal [illegible] ist und [illegible] Amerika in Privathände übergegangen [illegible], gibt es an dieser Schuld nichts mehr zu rütteln. Die [illegible] Sachverständigen für die demnächst zusammentretende Reparationskommission werden daher die Chancen, die Deutschland durch eine Endlösung aus der Hand gibt, bei der Festlegung der von Deutschland zu zahlenden Gesamtsumme in Rechnung stellen müssen. Die durch den Dawesplan festgelegten Annuitäten entsprechen unge-

fähr einem Schuldkapital von 31 Milliarden Mark. Das besagt, daß der Wert der Chancen, die Deutschland durch die Endlösung aus der Hand gibt, von dieser Schuldsumme abzuziehen ist. Da eine solche ganz objektiv ausgerechnete Reparationssumme erheblich geringer sein wird als die Forderung, die Deutschlands Reparationsgläubiger im günstigsten Falle stellen werden, so tut man gut daran, die Hoffnungen auf eine günstige Lösung des Gesamtproblems möglichst niedrig einzuschätzen.

Mittwoch voraussichtlich Start des Zeppelins zur Amerika-Fahrt.

Friedrichshafen. (Funkspruch) Wie der Sonderberichterstatter des WTB. vom Luftschiffbau Zeppelin erfährt, ist nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten am Schiff damit zu rechnen, daß die Fahrt nach Amerika am Mittwoch angetreten werden kann, wobei natürlich in erster Linie die Wetterlage über dem Atlantik maßgebend sein soll, die zur Zeit nicht günstig ist. Die Nachfüllung der Treibgasgellen und die Einfüllung des Brennstoffes wird erst beginnen, wenn die sonstigen kleinen Arbeiten im Schiffsinnern erledigt sind. Voraussichtlich wird am Mittwoch noch die angekündigte kurze Werftfahrt stattfinden. Die Annahme von Amerikapost für den „Graf Zeppelin", die ursprünglich am kommenden Montag mittags 12 Uhr geschlossen werden sollte, ist wieder verlängert worden, und zwar ist mit der Post eine Vereinbarung getroffen worden, daß noch buchstäblich bis zum letzten Augenblick Briefe und Karten für Amerika angenommen werden können.

Der Reichskanzler über die Bedeutung der Presse.

Festbankett des Vereins Deutscher Zeitungsverleger

)(Berlin. Auf dem Bankett, das der Verein Deutscher Zeitungsverleger anläßlich seiner diesjährigen Hauptversammlung gestern abend gab, erhielt im Anschluß an die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Vereines Deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, Reichskanzler Hermann Müller das Wort zu Ausführungen, in denen er sich zunächst für die Worte, die sein Vorredner der Reichsregierung gewidmet habe, bedankte und zu gleicher Zeit die Grüße und Wünsche der Reichsregierung sowohl als auch der preußischen Regierung der Tagung des Vereins der deutschen Zeitungsverleger übermittelte.

Anknüpfend an die Ausführungen von Kommerzienrat Krumbhaar betonte auch er die **Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Staatsgewalt und Presse.** Niemand wisse es mehr zu schätzen, als die Reichsregierung. Wir leben, so fuhr Reichskanzler Hermann Müller fort, in einer Zeit gesteigerter Intensität, und **ich habe volles Verständnis dafür, daß die Presse immer bestrebt ist, rechtzeitig die Absichten der Regierung zu wissen.** Allerdings muß die Presse der Regierung auch die notwendige Zeit zur Selbstbesinnung geben. **Wer von der Bedeutung der Presse noch nicht überzeugt ist, der wird durch jene großen Aufgaben belehrt werden, die uns jetzt zur Lösung vorgelegt sind. Ich erinnere nur an Genf. Es werden in der nächsten Zeit außerordentlich wichtige Verhandlungen eröffnet werden, die für das deutsche Schicksal entscheidend sind.** Die deutsche Presse hat nun die Aufgabe, in der nächsten Zeit das Beste zu leisten, damit die notwendige Aufklärung über das Deutschland, wie es ist, geschaffen wird. Es handelt sich jetzt nicht nur darum, die deutsche Wirtschaft für alle Zeit und die Lösung der Reparationsfrage sicherzustellen, sondern auch darum, die gesamte Souveränität am Rhein und an der Saar wieder zu erlangen. Ich unterschätze die Schwierigkeiten nicht, die der Lösung dieser Probleme entgegenstehen, sie müssen aber überwunden werden, und dazu muß sich das deutsche Volk in den Teilen zusammenfinden, die positiv zum Staate eingestellt sind.

Die Presse ist das Spiegelbild des deutschen Parteiwesens. Die heutige Verfassung hat den Parteien neue und große Aufgaben gegeben, und hierbei muß eine Arbeitsgemeinschaft gebildet werden, die Deutschland wirtschaftlich und politisch wieder hoch bringt.

In der Presse muß das Trennende zurückgestellt und das Findende gefördert werden. Darüber hinaus hat aber die Presse auch noch die Aufgabe, den Deutschen die Stimmungen zu übermitteln, wie sie im Auslande vorhanden sind, und die sind außerordentlich verschieden bei den einzelnen Regierungen und bei den einzelnen Völkern der fremden Nationen. Denn sonst hätte z. B. meine Abrüstungsrede in Genf nicht mißverstanden werden können.

Zum Schluß erinnerte der Reichskanzler daran, daß sich binnen kurzem zum 10. Male die Epoche jähre, in der es seinerzeit zweifelhaft erschien, ob sich die Regierung Ebert-Scheidemann halten könnte. Gerade in dieser Zeit sei auch das Zeitungsviertel außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen worden, und in diesen Tagen habe er im besonderen in den außerordentlich schwierigen Verhandlungen die Pressefreiheit gefordert und schließlich auch durchgesetzt. Wenn damals die Männer, die die Verantwortung trugen, für die Meinungsfreiheit eingetreten seien, so doch nur deshalb, weil sie dieselbe für absolut notwendig für die Interessen des Staates gehalten hätten. **Für ein gesundes Staatsleben sei eine freie Presse notwendig, und Deutschland habe die Presse, auf die es stolz sein kann und bleiben kann.**

Ueber die Sicherheit der Reichsbahn

und die bevorstehende Einführung des Zweiklassensystems erklärte Generaldirektor Dr. Dorpmüller einem Mitarbeiter der Vossischen Zeitung u. a.:

Es ist ausdrücklich festzustellen, daß die Reichsbahn prozentual viel stärkere Ausbesserungsarbeiten leistet als vor dem Kriege. Die in der Denkschrift des Untersuchungsausschusses vorgeschlagenen Verbesserungen sind von uns zum großen Teil schon in die Wege geleitet worden. Dies bezieht sich besonders auf die bayerischen Verhältnisse. Die langen Dienst- und Feierschichten sind traditionell in Süddeutschland überliefert. Das Personal hält mit großer Zähigkeit an dieser Einteilung fest, ich bin aber entschlossen, wenigstens auf stark befahrenen Strecken, das normale Schichtsystem einzuführen. An den Hauptbrennpunkten des bayerischen Verkehrs ist die neue Dienseinteilung jetzt schon durchgeführt. Zugleich mit diesen Maßnahmen bemühen wir uns, die Signale auf allen deutschen Strecken zu vereinheitlichen. In der Denkschrift ist darüber Klage geführt worden, daß das Schienenmaterial nicht mehr so haltbar sei, wie früher. Die Schienen werden den schärfsten Prüfungsmethoden unterworfen und genau auf Zug und Druck untersucht. Von jeder Schienenlieferung werden Teile abgeschnitten und bis zum Zerreißen gezerrt. Außerdem wird eine schwere Stahlkugel unter hydraulischem Druck auf den Schienenkopf gepreßt.

Generaldirektor Dr. Dorpmüller ging dann auf die

Einführung des Zweiklassensystems

ein. Da wir in Deutschland rund 80 000 Wagen vierter Klasse haben, können diese Wagen nicht mit einem Ruck aus dem Betriebe gezogen werden. Wir haben deshalb vom Reichsverkehrsministerium die Erlaubnis eingeholt, diese Wagen vorläufig weiter verwenden zu dürfen. Die neuen Typen dieser Wagen ähneln schon sehr denen der dritten Klasse. Künftig werden wir alle Dritter-Klassewagen in den Betrieb einsetzen, so daß also ein großer Teil der Vierter-Klassewagen entbehrlich und für die Reserve frei wird. **Wir werden dafür sorgen, daß mit größtmöglichster Schnelligkeit ein einheitlicher Typ für die Holzklasse geschaffen wird.** Die neuen Wagen sollen, was die Bequemlichkeit anbetrifft, den D-Zug-Wagen der dritten Klasse gleichen, allerdings mit Einzelabteilen und ohne die langen Durchgangskorridore. Wir erwarten, daß besonders in den dichtbesiedelten Gebieten, hauptsächlich in den Industriezentren, eine Abwanderung in die zweite Klasse stattfindet, die sich im Preis nun nicht mehr so viel von der dritten Klasse unterscheidet wie früher. Wir haben deshalb schon jetzt bedeutend mehr Zweiter-Klassewagen als bisher in diesen Gebieten eingesetzt.

Gegen die Angriffe gegen Admiral Raeder.

)(Berlin. Reichswehrminister Dr. Groener empfing gestern einen Teil der Presse und gab die in Aussicht gestellten Darlegungen zu den Angriffen einiger Blätter gegen die Person des neuernannten Chefs der Marineleitung Admiral Dr. h. c. Raeder. Der Minister wies nach, daß die Angriffe anläßlich einer sachlichen Prüfung nicht standhalten, daß Admiral Raeder vielmehr sein bisheriges Amt als Chef der Marinestation der Ostsee in Kiel im Sinne kraftvoller Erziehung seines gesamten Gefolgsbereiches zu verfassungstreuer Gesinnung und Handlungsweise geführt habe. Nach eingehender Prüfung der Vorgänge und auf Grund seiner genauen persönlichen Kenntnis des Admirals habe der Minister keinen Anstand gehabt, Admiral Raeder dem Reichspräsidenten für das Amt des Chefs der Marineleitung vorzuschlagen. Er halte mit aller Entschiedenheit an der Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner Wahl zum Besten des Reiches und der Reichsmarine fest. Abschließend bezeichnete es der Minister als wünschenswert, wenn zunächst die Taten des Admirals in seinem neuen Amt abgewartet würden und nicht durch neue unbegründete Angriffe versucht würde, die Wehrmacht immer wieder in den ihre ruhigen Entwicklung [illegible] Tagesstreit hineinzuziehen.